

Antrag 285/I/2024**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Verzicht auf den Rückgriff auf die „Minderjährigenschaft“ nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bei Rückforderungen der Jobcenter**

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-
2 Fraktion im Deutschen Bundestag, im Verwaltungsverzug
3 außerdem die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und in
4 den Bezirksämtern bzw. in den Gremien der Berliner Job-
5 center werden aufgefordert, alle entsprechenden Geset-
6 ze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften so anzu-
7 passen, dass junge Erwachsene nicht mehr von Rückzah-
8 lungsaufforderungen der Jobcenter für überzahlte Leis-
9 tungen betroffen werden, die während ihrer Minderjäh-
10 rigkeit gezahlt wurden, die sie selbst aber gar nicht erhal-
11 ten haben.

12

13 Dafür fordern wir:

- 14 1. Die vollständige Abschaffung des Rückgriffs auf die
15 in § 1629a BGB verankerte beschränkte Minderjäh-
16 rigenhaftung beim Betreiben von Rückzahlungsför-
17 derungen der Jobcenter für während der Minderjäh-
18 rigkeit der Kinder an ihre Eltern zu Unrecht gezahlte
19 Leistungen.
- 20 2. Sollte dies nicht umsetz- bzw. durchsetzbar sein,
21 muss mindestens sichergestellt werden, dass die
22 entsprechenden Schreiben der Jobcenter an die be-
23 troffenen volljährig gewordenen jungen Erwachse-
24 nen in verständlicher Form darauf hinweisen, dass
25 nach der gegenwärtigen Rechtslage (BGB, SGB II) ein
26 solcher haftungsrechtlicher Rückzahlungsanspruch
27 nur in Frage kommt, sofern der oder die Jugendliche
28 zum Zeitpunkt des Eintritts in die Volljährigkeit ein
29 eigenes Vermögen von mehr als 15.000 Euro besitzt.
- 30 3. Das Verfahren für den gegenwärtig erforderlichen
31 Vermögensnachweis muss möglichst einfach ge-
32 staltet werden und in den Schreiben der Jobcenter
33 verständlich beschrieben sein.
- 34 4. Im Rahmen einer Altfallregelung soll auf das wei-
35 tere Betreiben von Forderungen der Jobcenter, die
36 aus der Zeit vor der Bürger:innengeldgesetz-Reform
37 stammen, verzichtet werden.
- 38 5. Weiterhin mit Nachdruck, dass die von uns und der
39 SPD beschlossene Kindergrundsicherung schnellst-
40 möglich umgesetzt wird. Diese muss so ausgestal-
41 tet sein, dass eine Konfrontation der jungen Leu-
42 te mit Rückforderungsaufforderungen ausgeschlossen
43 ist. Die Kindergrundsicherung soll Kindern und
44 Jugendlichen gleichwertige Startchancen ins Leben
45 ermöglichen und das darf nicht durch Rückforde-
46 rungsaufforderungen gefährdet werden.

47

48

49

50 Begründung

51 Mit dem Rückgriff auf die Minderjährigenhaftung des Bürgerlichen Gesetzbuches fordern Jobcenter nach alter und
52 neuer Gesetzeslage die Rückzahlung von zu Unrecht erbrachter Leistungen von jungen Volljährigen, die gerade
53 18 Jahr alt geworden sind, und damit von Menschen, die diese Leistungen gar nicht erhalten haben (das waren deren Eltern).

58

59 Zwar ist schon nach §1629a BGB diese Haftung auf das eigene Vermögen des oder der jungen Erwachsenen beschränkt, das er/sie in die Volljährigkeit mitnimmt und
60 nicht auf danach erworbenes Vermögen. Darauf wird jedoch in den Forderungsbescheiden der Jobcenter nicht
61 bzw. nicht verständlich genug hingewiesen und die Beschränkung der Haftung muss jeweils erst beantragt werden. Dadurch entsteht bei den Betroffenen der Eindruck,
62 sie würden ohne eigenes Zutun mit zum Teil erheblichen Schulden in das Erwachsensein eintreten.

69

70 Mit dem Bürger:innengeld-Gesetz hat der Bundesgesetzgeber diese Minderjährigenhaftung für Jobcenter-Rückforderungen zusätzlich auf die Fälle beschränkt, in denen das persönliche Vermögen der betroffenen jungen
71 Erwachsenen 15.000 Euro übersteigt. Dies ist zumindest ein kleiner Fortschritt. Wer jetzt am 18. Geburtstag weniger als 15.000 Euro auf dem Konto hat, kann eine Befreiung von den durch die Eltern verursachten Schulden beantragen.

79

80 Dies ist jedoch nicht für Betroffene vor der Gesetzesänderung möglich – diese bleiben auf ihren Schulden sitzen. Denn beispielsweise eine kurzfristig ausgeübte Beschäftigung der Eltern führt oftmals ungewollt zu Beitragsüberzahlungen. Dennoch sehen wir weiterhin dringenden Handlungsbedarf, um junge Erwachsene vor belastenden Forderungen des Jobcenters zu schützen. Insbesondere die Praxis, junge Menschen zum 18. Geburtstag mit für sie nicht nachvollziehbaren Forderungen zu konfrontieren, lehnen wir ab. Denn als sozialistischer Verband sind wir gegen jede Form von Diskriminierung.

91

92 Der Eintritt in die Volljährigkeit kann grundsätzlich ein herausfordernder Lebensabschnitt sein. Der Staat sollte junge Menschen dabei unterstützen ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Sie in diesem bedeutsamen Moment mit JobCenter-Briefen über vierstellige Rückforderungsaufforderungen zu konfrontieren, die aufgrund der finanziellen Situation ihrer Eltern entstanden sind, ist nicht nur unfair, sondern auch

100 erniedrigend. Es stellt eine enorme psychische Belastung
101 dar und macht sie rechtlich zu Schuldner*innen. Dies pro-
102 voziert Armut und Ausgrenzung und erschwert ihnen den
103 Start ins Erwachsenenleben und verstärkt die Stigmati-
104 sierung und Diskriminierung von Familien in prekären Le-
105 benslagen. Unsere Gesellschaft muss junge Erwachsene
106 unterstützen, anstatt sie für Umstände verantwortlich zu
107 machen, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen.

108

109 Mit den Änderungen im Bürger:innengeld-Gesetz wird
110 vermutlich eine Rückforderung nun noch in extrem selte-
111 nen Fällen wirklich zum Tragen kommen. Trotzdem wird
112 ein Verwaltungsaufwand aufrechterhalten, der durch den
113 zu erwartenden Ertrag nicht zu rechtfertigen ist. Durch ei-
114 nen vollständigen Verzicht auf diesen Haftungsrückgriff
115 werden somit nicht nur die betroffenen jungen Erwach-
116 senen in einem für ihr Leben entscheidenden Lebensmo-
117 ment entlastet, sondern auch die Verwaltung. Für eine ge-
118 rechte Zukunft: Stoppt die Horror-Briefe vom Jobcenter
119 zum 18. Geburtstag!